

Mobile Bauten für Flüchtlinge: Die Stadt hat kein Land zur Verfügung

THUN Im Hinblick auf die heutige Stadtratssitzung beantwortete der Gemeinderat zwei Postulate zum Thema Flüchtlinge. Mobile Bauten für die Unterbringung von Asylsuchenden sind für die Stadt zwar eine Möglichkeit. Einen geeigneten Standort hat der Gemeinderat aber nicht zur Hand. Wohnraum wird anderweitig gesucht.

Die internationale Flüchtlingssituation und ihre Auswirkungen auf die Schweiz und die Region Thun beschäftigen auch die lokale Politik. Heute Abend befasst sich der Stadtrat mit zwei Vorstössen im Zusammenhang mit Flüchtlingen (siehe auch

«Thun als drittgrösste Stadt im Kanton steht in der Pflicht, mit mehr Engagement ihren Anteil zur Lösung des Problems der fehlenden Plätze beizutragen.»

Aus dem Postulat

Kasten). Ein Postulat von Alice Kropf und Franz Schori (SP), Till Weber (Junge Grüne), Reto Vannini und Daniela Huber Notter (BDP) sowie weiteren Mitunterzeichnenden setzt sich mit geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge auseinander: Der Gemeinderat wird gebeten, aktiv nach solchem zu suchen. Dabei geht es um vorläufig Aufgenommene sowie Asylsuchende in der sogenannten Phase 2, die in Kollektivunterkünften gelernt haben, den hiesigen Alltag weitgehend selbstständig zu bewältigen. «Thun als drittgrösste Stadt im Kanton steht in der Pflicht, mit mehr Engagement ihren Anteil zur Lösung des Problems der fehlenden Plätze beizutragen», betonen die Postulanten. Sie bringen das schon länger leer stehende Zeughaus der Armatisse im Schoren als möglichen Wohnraum für Flüchtlinge ins Spiel. Zudem solle die Regierung prüfen, ob dem Kanton Boden für mobile Bauten zur Verfügung gestellt werden könne – etwa auf dem Parkplatz Lachenwiese.

Zeughaus: Nicht möglich

Der Gemeinderat nennt in seiner Antwort Zahlen: Die Asylko-

ordination Thun habe in den letzten zwölf Monaten zusätzlichen Wohnraum für 125 Flüchtlinge in der Phase 2 gefunden und angemietet. Im November 2015 seien zudem zwei Notwohnungen in den Pfarreien St. Martin und St. Marien mit Flüchtlingsfamilien belegt worden. In rund 180 Mietwohnungen würden 600 Personen betreut. Die Wohnungssuche sei eine Daueraufgabe der zuständigen Asylkoordination Thun. Und: «Mit der Aufstockung des Personals wird die Suche nach geeigneten Wohnungen noch intensiviert.» Über leere Wohnungen verfüge die Stadt selber derzeit nicht. Die Anfragen zum Erwerb des Zeughauses im Schoren seien abgelehnt worden, «da es sich bei dieser Liegenschaft um eine Kernimmobilie des Bundes handelt, für die längerfristig keine Nutzungs- oder Besitzstandsänderung vorgesehen ist». Zudem befinde sich das Gebäude in einer Zone, in der gar keine Wohnnutzungen zugelassen seien.

Mobile Bauten: Kein Land

Zu mobilen Bauten als Wohnraum für Asylbewerber, wie sie etwa in Deutschland gibt, hält der Gemeinderat fest: Diese könnten grundsätzlich realisiert werden, «vorausgesetzt, es kann dafür ein geeigneter

«Für mich persönlich kommen auch Zelte infrage, wie sie bei Lyss zum Einsatz kamen.»

Gemeinderat Peter Siegenthaler

Standort gefunden werden». Einen solchen könne die Stadt momentan nicht empfehlen. Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler (SP) führt zum im Postulat vorgeschlagenen Standort Lachenwiese aus: «Wenn dort



Die Thuner Lachenwiese: Stadtratsmitglieder schlugen vor, dass hier allenfalls mobile Bauten für Flüchtlinge stationiert werden könnten. Der Gemeinderat winkt jedoch ab.

Patric Spahni

Parkplätze durch die Nutzung für mobile Bauten verloren gingen, müsste Ersatz auf der Gymermatte geboten werden. Die Gymermatte wird aber noch landwirtschaftlich genutzt.» Eine Umnutzung bedinge einen gewissen zeitlichen Vorlauf. Zudem sei unklar, welches Bewilligungsverfahren durchgeführt werden müsste. Aktiv sucht die Stadt laut Siegenthaler nicht nach Flächen und Grundstücken, um solche mobilen Bauten aufzustellen: «Für uns steht die Suche nach vorhandenen Räumlichkeiten und Liegenschaften im Vordergrund. Für mich persönlich kommen übrigens auch Zelte infrage, wie sie ja bereits bei Lyss zum Einsatz kamen.»

Der Gemeinderat empfiehlt den Stadträtinnen und Stadträten in der heutigen Sitzung die Annahme des Postulats.

Michael Gurtner

SP-POSTULAT

«Stadt ist Verpflichtungen nachgekommen»

Ein zweites Postulat zum Thema Flüchtlinge in der heutigen Stadtratssitzung wurde im Dezember von der SP-Fraktion eingereicht. Es betrifft eine mögliche Kollektivunterkunft für Asylsuchende (wir berichteten). Konkret: «Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Thun dem Kanton im Anschluss an den sechsmonatigen Betrieb des Bundesasylzentrums eine Anlage zur Unterbringung von Asylsuchenden zur Verfügung stellen kann.»

Die SP-Fraktion weist darauf hin, dass der Kanton weiter auf Unterbringungsmöglichkeiten angewiesen sein werde. «Die Stadt Thun soll sich solidarisch zeigen und Kollektivunter-

künfte ohne örtliche Einschränkung anbieten», heisst es im Postulat weiter. Mit der von Sommer 2013 bis Ende 2014 für Asylsuchende genutzten Truppenunterkunft in Allmendingen seien gute Erfahrungen gemacht worden – dank umfangreichem Betreuungs- und Sicherheitskonzept.

In seiner Antwort hält der Gemeinderat fest: «Im vorliegenden Postulat werden unterschiedliche Dinge miteinander in Zusammenhang gebracht.» Aus Sicht der Thuner Regierung sollte die Thematik der Bundesasylzentren nicht mit der Unterbringung von Asylsuchenden in einer Kollektiv- oder einer Notunterkunft vermischt werden. Erstere werden

vom Bund betrieben, für Letztere ist der Kanton zuständig. In dessen Auftrag übernimmt im Berner Oberland die Asylkoordination Thun die Unterbringung, finanzielle Unterstützung und Beratung der Asylbewerber.

«Die Stadt Thun ist ihren Verpflichtungen bei der Unterbringung von Asylsuchenden in den letzten Jahren immer loyal und kooperativ nachgekommen», führt der Gemeinderat in den Stadtratsunterlagen weiter aus. Und: «Da es sich bei der Unterbringung von Asylsuchenden um eine Daueraufgabe handelt, kann das Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschlossen werden.» mik

sich sehr gut positioniert»

Zulauf, auch wegen der Historie der Grossbanken. Wenn man sieht, was im regulatorischen Umfeld der Banken abgeht und was da für Kosten – auch mit den Negativzinsen – auf die Banken zukommen, kann eine Grossbank sicher Vorteile haben, weil sie dank einer breit diversifizierten Produktpalette agieren kann, etwa mit der internationalen Vermögensverwaltung.

Gibt es dazu Beispiele, wo die Grossbank regional Vorteile ausspielen kann?

Die hohen Überschüsse von Spareinlagen etwa aus Asien, die wir als internationaler Vermögensverwalter haben, helfen, hier in der Schweiz Firmenkredite oder Hypotheken mitzufinanzieren. Oder ich erinnere an die Immobilienkrise der 80er-Jahre, da mussten Grossbanken reihenweise kleine Banken übernehmen. Man muss in grossen Zyklen denken. Wir haben die Hausaufgaben gemacht und sind international gut aufgestellt. Einer Regionalbank hingegen bleibt nur das Zinsgeschäft.

Auch die Energiebranche leidet etwa unter Preiszerfall. So kündigten die Kraftwerke Oberhasli kürzlich an, 50 Stellen zu streichen. Wird sich dieser Trend weiter fortsetzen, oder hat man in diesem Sektor schon die Talsohle durchschritten?

Ich kenne die Verhältnisse zu wenig. Aber man muss das grosse Bild sehen, der Druck in dieser Branche wird anhalten. Es ist ein Resultat der staatlich gelenkten Subventionswirtschaft der vergangenen Jahre, welche das Energiepreisgefüge massiv auf den Kopf gestellt hat.

Sie sprechen Deutschland und seine Energiewende an...

Wenn der Staat massiv in den freien Markt eingreift und einen Boom kreiert, dann geraten die Preise unter Druck. Kurz, viele Sachen liefen energiepolitisch in die falsche Richtung, die nun zu einem dramatischen Preiszerfall am Energiemarkt führten. Das Oberland ist landschaftlich schön, gut bezahlte Jobs und Ausbildungsplätze sind jedoch

rar. Die Überalterung der Gesellschaft nimmt zu, wer abwandert, kehrt kaum zurück, da hoch qualifizierte Jobs wenige vorhanden sind. Ein Teufelskreis?

Das sich vergrössernde Stadt-Land-Gefälle ist ein Trend, den man im Auge behalten muss. Tendenziell ist es so, dass jüngere Leute in die Städte ziehen, in das urbane Leben, dort, wo es Ausbildungsplätze oder Universitäten gibt. Da ist die Regionalpolitik angesprochen. Die Frage ist: Wie viel soll da vom Bund oder vom Kanton in den Erhalt von regionalen Strukturen fliessen?

Wie ist Ihre Haltung dazu?

Aus extrem liberaler Optik würde man sagen: möglichst wenig. Dann sollen sich die städtischen Gebiete weiter besiedeln und verdichten. Dafür werden die Randregionen ausbluten und überaltern. Ich glaube aber, dass die politischen Mehrheiten so ausfallen werden, dass der Staat auch in Zukunft einiges tut, um die strukturschwachen Regionen zu unterstützen.

Diese werden auch durch politische Entscheide gebeutelt. Die Zweitwohnungsinitiative hat dem Baugewerbe in den Bergregionen stark zugesetzt. Nicht nur, dass nicht mehr gebaut werden kann wie früher, auch viele der in letzter Minute gebauten Zweitwohnungen erweisen sich gemäss einem Bericht des SRF als unverkäuflich.

Und wir sind wahrscheinlich am Höhepunkt eines Marktes angelangt. Als man die Deadline bei der Zweitwohnungsinitiative sah, hat man einen richtigen Boom kreiert, Bauunternehmen hatten sehr viel zu tun. Ausserdem wurde der Franken teurer, Ausländer sind jetzt eher Verkäufer als Käufer.

Weshalb?

Weil diese Investoren sahen, wie die Immobilienpreise stetig gestiegen sind. Da würde ich mir – nachdem letztes Jahr die Währung obendrauf noch 15 Prozent gestiegen ist – als ausländischer Besitzer auch Gedanken über einen möglichen Ausstieg machen.

Platz im Oberland bald auch noch eine Immobilienblase?

Wir reden ungenau von einer Blase, aber lokal hat man sicher Hotspots, etwa am Genferseeufer oder in Zürich, da sind die hochpreisigen Segmente schon deutlich unter Druck gekommen. Ähnlich könnte es auch im Saanenland sein. Objekte ab einem Preis von gegen zwei Millionen Franken haben derzeit ein Problem. Das Topsegment hingegen ist wiederum in einer eigenen Liga.

Daneben sind die Flüchtlingsströme ein weiteres Thema, das die Leute stark beschäftigt. Was bedeuten diese ökonomisch?

Eine ökonomische Beurteilung ist extrem schwierig. Kurzfristig kann das stimulierend für die Wirtschaft sein, wenn der Staat viele Leute anstellen muss, um die Flüchtlinge zu betreuen. Mehr Löhne sorgen auch für mehr Konsum. Langfristig ist das eine Herausforderung, weil die Flüchtlingsströme nicht so schnell abebben werden. Politisch ist Europa derzeit nicht in der Lage, das Pro-

ZUR PERSON

Daniel Kalt arbeitet seit 1997 bei der UBS Schweiz und ist seit 2010 Chefökonom. Er ist verantwortlich für neue Produkte und berät die Geschäftsleitung in wirtschaftlichen Fragen. Seit 2012 ist er zudem Chief Investment Officer Schweiz. Kalt studierte Volkswirtschaft an der Universität Zürich. 2000 erlangte er den Dokortitel an der Uni Bern. fl



blem koordiniert und einigermaßen kohärent zu lösen. Das wiederum führt zu einer weiteren Zerreihsprobe im Konstrukt Europa. Die politischen Spannungen nehmen zu und werden mit der Erstarkung der Rechtsausenparteien weiter polarisiert. Das bleibt eine kritische Situation.

Interview: Fritz Lehmann